

# Schweiz will mehr AKW

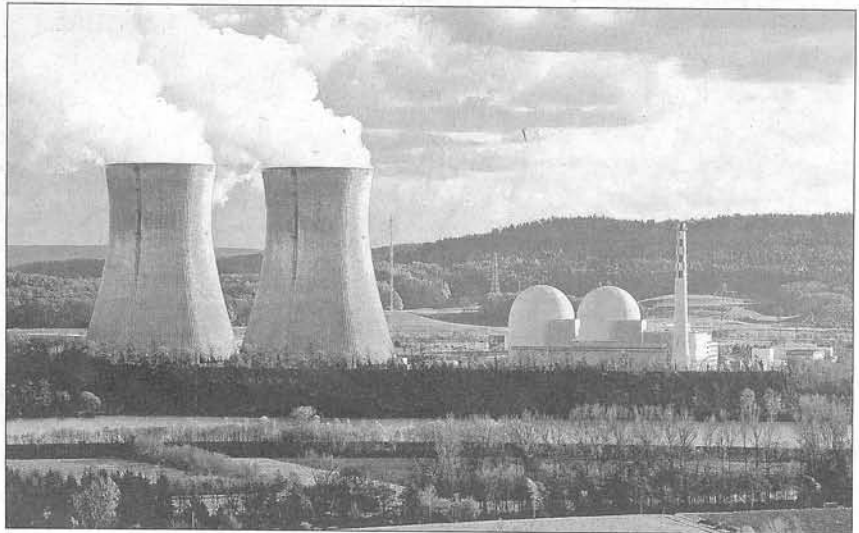
Grenzkantone hoffen auf mehr Steuereinnahmen durch mehr Meiler / Große Sorge in Deutschland

VON UNSERER KORRESPONDENTIN  
ANDREA DRESCHER

**BASEL.** Gleich zwei Nordwestschweizer Kantone wollen davon profitieren, dass der Schweizer Bundesrat weiterhin nicht auf Atomenergie verzichten will: Nach dem Aargau setzt sich nun auch Solothurn für den Bau eines neuen Meilers auf Kantonsgebiet ein. Was den Schweizern hohe Steuereinnahmen verspricht, löst jedoch auf deutscher Seite Ängste aus.

„Die Menschen am Hochrhein stehen heute schon drei Atomkraftwerken, zwei Zwischenlagern und einem Atommüll-ofen gegenüber“, kritisiert die Waldshuter Bundestagsabgeordnete Rita Schwarzelühr-Sutter (SPD) die eidgenössischen Pläne. Sie fordert den deutschen Bundesumweltminister Sigmar Gabriel auf, sich dafür einzusetzen, dass die Schweiz keine neuen Atomanlagen an der deutsch-schweizerischen Grenze baue.

Von den fünf Schweizer Atommeilern stehen vier im nordwestschweizerischen Grenzgebiet: Leibstadt bei Waldshut, die zwei Blöcke in Beznau sowie Gösgen. Während die zwei Basler Kantone per Verfassung keine Atomkraftwerke und -lagerstätten auf eigenen und benachbarten Gebieten akzeptieren, strebt Solothurn den Bau eines zweiten Atomkraftwerks an. Die Kantonsräte haben ihre Regierung beauftragt, sich für den raschen Bau von Gösgen II einzusetzen. Hintergrund: Die Eidgenossen fürchten ab 2015 eine Versorgungslücke beim Strom, weil ihr Energieverbrauch weiter steigt, während in wenigen Jahren die Betriebsbewilligung der bestehenden Atommeiler



**Bisher nur eine Fotomontage, bald Realität? Kernkraftwerke in Reihe auf der Schweizer Rheinseite.**

MONTAGE: BERNDT

und die Stromlieferverträge mit Frankreich auslaufen werden. Weil das Genehmigungsverfahren für neue AKW 20 bis 25 Jahre dauert, wird unter Gemeinden und Kantonen jetzt schon um potenzielle Standorte gerangelt.

In Solothurn waren die rund 25 Millionen Euro, die ein AKW an Steuern einbringt, ein wichtiges Argument der Befürworter aus den bürgerlichen Reihen. Sozialdemokraten und Grüne wollen dagegen den Atomausstieg – der gesamten Schweiz. Im Aargau hatte sich die Regierung bereits im Februar dazu bereit erklärt, den Bau eines Reaktors zu unterstützen: gegen eine „angemessene Standortabgeltung“ des Bundes, wie sie betonte. Die Wahrscheinlichkeit, dass aktuelle Standorte auch künftig zum Zuge kommen, ist groß, weil die Anbindung an

Stromnetz und Kühlwasser aus Aare und Rhein schon vorhanden ist und nicht erst aufwendig erstellt werden muss.

Kritiker im Solothurner Parlament befürchten, dass die Zustimmung für ein neues AKW einem Ja zu einem Endlager gleich käme. Denn auch über dessen Standort ist nicht entschieden. Während der Anhörung des Sachplans Geologisches Tiefenlager, wie das atomare Endlager im Fachjargon heißt, sind zwischen Januar und April 150 Stellungnahmen eingegangen, davon 22 aus Deutschland. Laut Bundesamt für Energie wurde der Sachplan entsprechend geändert. Dessen neue Fassung wird zurzeit von den Kantonen beurteilt, anschließend von den Ministerien und dem Bundesrat. Mögliche Standorte sollen erst im Laufe des nächsten Jahres genannt werden.